

Bern, 08. Januar 2011

**Reiche Eltern gesucht! 4'000 Franken Studiengebühren im Jahr, 24'000 (bfs) Franken
Lebenskosten im Jahr, eine 50h-Woche und verdiente 1'500 Franken im Monat, 5 Jahre lang =
50'000 Schulden**

**Der Schweizerische Gewerbeverband schliesst sich dem Echo des Staatsekretärs
Dell'Ambrogio (SBF) an und fordert eine massive Anhebung der Studiengebühren sowie
Darlehen statt Stipendien.**

**Der Verband Schweizer Studierendenschaften (VSS) rechnet vor, bei 50'000 Franken Schulden
bei abgeschlossenem Studium gibt's nur eine Lösung: nur wer sich es leisten kann wird
studieren.**

Die Forderung nach einer Erhöhung der Studiengebühren von 300% ist absurd! Dies noch mit der
Umwandlung von Stipendien in Darlehen zu verbinden bedeutet, dass die höhere Bildung Luxus wird
und als Dienstleistung gehandelt wird. Dies widerspricht klar dem Prinzip der Bildung als öffentlichem
Gut und dem Auftrag, dieses für alle offen und erschwinglich bereitzustellen.

In der Schweiz gehen 75% der Studierenden einer Erwerbstätigkeit nach, rund die Hälfte davon um
sich den Lebensunterhalt zu sichern. Dabei sind die öffentlichen Ausgaben für Ausbildungsbeiträge in
den letzten 10 Jahren um 40% gesunken. Eine Verschärfung des finanziellen Drucks würde für sehr
viele Studierende den Zugang zur Ausbildung oder die Weiterführung des Studiums verunmöglichen
und zu einer drastischen Prekarisierung ihrer sozialen Lage führen.

Der VSS geht davon aus, dass die Studierenden mithilfe von Beiträgen der Familie und durch
Erwerbstätigkeit mindestens die Hälfte der Lebens- und Ausbildungskosten selbst tragen können. Die
restlichen rund 1000 Franken im Monat sollen, als Stipendium, jenen mit sozioökonomisch
schwächerer Herkunft den Zugang zu nachobligatorischer Bildung ermöglichen.

Die lancierte Stipendieninitiative fordert dies für beide tertiären Bildungsstufen: Hochschulbildung und
höhere Berufsbildung sind wichtige Elemente der Nachwuchsförderung und fundamental für die
Zukunft der Schweiz. Darum spricht sich der VSS unmissverständlich gegen höhere Studiengebühren
und gegen die akute Verschuldung der Studierenden durch Darlehen aus.

Wir würden eine solche Änderung nicht widerstandslos annehmen und sind bereit, für die
Chancengleichheit einzustehen!

Für weitere Informationen und Fragen steht Ihnen zu Verfügung:

Romina Loliva
Vorstand Hochschulpolitik
VSS-UNES-USU
+4179 568 15 38